

# EDITORIAL

**A**uf den ersten Blick scheinen wir etwas spät dran zu sein. Schließlich ist der Krieg längst vorbei.

Ist er das? Er ist und er ist nicht. Zwar wurden die eigentlichen Kampfhandlungen eingestellt. Bestehen bleibt jedoch eine neue politische Konstellation, die mit der Aushebelung des UNO-Regulats, der Reform der NATO zur Angriffstreitmacht und der neuen Rolle Deutschlands Kriege wie den um das Kosovo auch in Zukunft möglich und wahrscheinlich macht. In diesem Sinne auch der Titel dieser Ausgabe: Die Zeit zwischen zwei Kriegen wollen wir nutzen, um eben jene Grundlagen zu erarbeiten, die zuletzt gefehlt haben, um eine wirksame Antikriegspolitik zu entwickeln.

Der Balkanraum wird auch weiterhin die Linke in Deutschland zur Positionierung herausfordern. Und schließlich ist die seit einigen Jahren in der Linken geführte Debatte um Nation, Nationalismus und Nationalität weiter eskaliert.

Also geht es in dieser Kriegsnummer um dreierlei. Zum einen um die politökonomischen und geostrategischen Aspekte eines neuen Krieges, dessen Prototyp der Angriff auf Jugoslawien war. Denn das klassische linke Analyseinstrumentarium wird dem nicht mehr gerecht, das haben die Diskussionen, Mißverständnisse und argumentativen Kurzschlüsse der kaum wahrnehmbaren Antikriegsbewegung in Deutschland eindringlich gezeigt. Ihre Mobilisierungsschwäche und politische Bedeutungslosigkeit waren auch die logische Folge des Beharrens auf anachronistisch gewordenen Formeln. So kann die klassische Imperialismustheorie die politischen und militärischen Strategien hinter der im Krieg installierten neuen Weltordnung nicht hinreichend erklären. Die im Prozess der Globalisierung veränderte Produktionsweise und der mit ihr einhergehende Modernisierungsschub haben nun auch den Krieg erfasst und ihm eine neue Struktur gegeben.

Die Handlungsträger dabei waren die neuen Modernisierungseliten aus dem sozialdemokratischen und ex-alternativen Milieu. Willkommene Nebenwirkung der von ihnen artikulierten Legitimationsargumente

# Zwischen zwei Kriegen

war eine neue Welle des Geschichtsrevisionismus.

Neben diesen allgemeinen Analysen gehen wir aber auch noch einmal konkret auf die derzeitige Lage auf dem Balkan ein, leuchten die historischen Hintergründe aus und betreiben Ursachenforschung. Denn hier besteht für die Linke in Deutschland dringender Nachholbedarf, haben doch erst ihr mangelndes historisches Wissen und ihr jahrelanges Nichtverhalten sie in eine Position gebracht, aus der heraus es ihr nicht gelingen konnte, erfolgreich gegen den Krieg zu intervenieren. Gründe für diese Apathie gibt es viele. Während etwa die Bezugnahme auf Lateinamerika immer auch Projektionsflächen für die eigenen Sehnsüchte und Identifikationsfiguren geliefert hat, war die Suche nach den „Guten“ auf dem Balkan und in ganz Ost- und Südosteuropa scheinbar aussichtslos. Die Nichtzurkenntnisnahme von nicht- und antinationalistischen Gruppen, sozialer Linken und KriegsgegnerInnen hängt mit der Unfähigkeit zusammen, vom eigenen linksdeutschen Begriffssystem zu abstrahieren, wie es in der postsozialistischen Konstellation unbrauchbar geworden ist. Gleichzeitig erfordert jeder Bezug auf die Transformationsgesellschaften des Ostens die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der realsozialistischen Ära, eine Debatte der sich die große Mehrheit der Linken hierzu-lande bis heute verweigert. Dabei wird es auch in Zukunft nötig sein, sich in der konkreten Situation auf dem Balkan zu positionieren, denn obwohl es der NATO bisher gelungen zu sein scheint, an den offenen Angriff mit der Deeskalationsstrategie der KFOR-Mission anzuknüpfen und so einen für die eigenen Bodentruppen relativ unblu-

tigen Einsatz zu ermöglichen, ist eine tatsächliche Stabilisierung der Region längst nicht absehbar und wird die NATO auf absehbare Zeit militärisch präsent bleiben. Eine Ausweitung ihres Aktionsradius ist wahrscheinlich.

Weniger als mit der Organisation praktischen Widerstandes gegen den Krieg, war die Linke in Deutschland einmal mehr mit sich selbst beschäftigt. Dabei sind verschiedene linke Positionen so unversöhnlich wie selten zuvor aufeinandergeprallt. Dem kann durchaus auch ein positiver Aspekt abgewonnen werden, haben sich doch die bisher diffusen Grenzen zwischen den verschiedenen Fraktionen stärker aufgeklärt und ist z.B. der Widerspruch zwischen den sonst gern verwechselten antinationalen und anti-deutschen Positionen endgültig aufgebrochen. Dennoch haben die Diskussionen z.B. um Solidarität mit »den Serben« zur Lähmung der Linken beigetragen und zum Teil kaum glaubliche Auswüchse hervorgebracht.

Wir sind zwar stets bemüht, in der Arranca! zwischen Schwerpunktthema, Rubriken, Kultur- und Politikteil ein gewisses Gleichgewicht herzustellen. Zum unausweichlichen Thema des Krieges gibt es aber immer noch zuviel zu sagen. Also kommt diese Ausgabe als Sondernummer daher, danach geht es aber wie gewohnt weiter.

In der nächsten Nummer wird es schwerpunktmässig um Identitäten gehen, womit wir an die Nummern 15 und 16 anknüpfen wollen. Ein dickes Dankeschön gibt es von uns für die Spende aus Bochum. Und Grüße an Samira für den großen Wurf.

EURE ARRANCA!-REDAKTION

**Linke**

**Krieg**

»Wozu sind Kriege da?« (Udo Lindenberg)

Selten gingen die Einschätzungen verschiedener linker Strömungen so weit auseinander wie in der Analyse und der daraus folgenden Positionierung zum Krieg um das Kosovo. Und selten haben sich eben diese Positionen so sehr auf die Logik der herrschenden Verhältnisse eingelassen.

Denn so groß die Unterschiede waren (und sind), so sehr einigt die verschiedenen linken Strömungen doch der Verzicht auf jede Weiterentwicklung von Denkmustern der »alten« Linken der 70er und 80er. Statt Perspektiven für gesellschaftliche Transformationsprozesse zu suchen, haben sie sich fast ausnahmslos darauf beschränkt, sich auf eine der beteiligten Seiten zu schlagen.

Bezugspunkt waren dabei nicht Basis-Initiativen von Linken oder KriegsgegnerInnen, sondern staatliche (Deutschland, Jugoslawien, USA), suprastaatliche (NATO) und protostaatliche (UCK) Formationen.

Eine Ignoranz gegenüber der sozialen Linken der Region und die Unfähigkeit, sich von dem an Nationalstaatlichkeit und Machtbegriffen der alten realsozialistischen Linken verhafteten Begriffssystem zu verabschieden, prägt die Theorie und Praxis vieler Linker. Eine Praxis, die denen die Solidarität verweigert, die sie verdienen: nicht- und antinationalistischen Gruppen, die es bis heute auf allen beteiligten Seiten gibt. Im Rahmen dieser Fixierung auf die Kriegsparteien gibt es keine denkbare Position, die nicht auch von Linken eingenommen wurde. Das Spektrum reichte von der aktiven Unterstützung der NATO-Angriffe und der UCK, über verschiedene pazifistische und prinzipielle Antikriegspositionen, bis hin zur publizistischen Rückendeckung für die Kriegsführung des Milosevic-Regimes gegen die Kosovo-Guerilla und kosovo-albanische ZivilistInnen.

Zur besonderen Rolle von Bündnis '90/Die Grünen, die vor dem Hintergrund ihrer Geschichte die zynischen Legitimationsversuche à la »Nie wieder Auschwitz!« erfolgreicher als die anderen Fraktionen der deutschen Modernisierungs-Eliten artikulieren konnten, ist in den Zeitschriften der radikalen Linken bereits viel geschrieben worden. Der Krieg um das Kosovo war in diesem Sinne ihr Krieg, nämlich als eine willkommene Gelegenheit zur Demonstration ihrer neuen gesellschaftlichen Funktion.

Doch nicht nur die Grünen haben sich durch den Krieg bestätigt gefunden, sondern auch diejenigen Linken, die sich selbst als deren radikalste Gegner gefallen: das sogenannte antideutsche Spektrum.

Die Auseinandersetzung mit den Thesen dieser Strömung ist für die innerlinke Diskussion von zentraler Bedeutung. Hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens, weil die Antideutschen es in den letzten Jahren vermocht haben, mit ihren Diskursen die wichtigsten und auflagenstärksten Medien der radikalen Linken (KONKRET, die alte JUNGE WELT, JUNGLE WORLD) entweder zu dominieren oder doch zumindest stark zu beeinflussen und mit eigenen Medien (BAHAMAS, 17°) versuchen, Akzente zu setzen. Zweitens, weil sie mit ihren Argumentationen in der zahlenmäßig schwachen und politisch unsicheren Antikriegs-Bewegung eine wichtige Rolle gespielt haben. Trotz mangelnder Praxis sind sie die einzige greifbare, gruppenübergreifende und überregionale Strömung geblieben, die als Argumentationslieferantin

für viele diente, die sich bisher nicht mit den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien beschäftigt haben. Gerade deren Bedürfnis bediente das antideutsche Argumentationsschema besonders gut, weil es in einem tatsächlich äußerst vielschichtigen und komplizierten Konflikt simplifizierend eindeutig »böse« und »gut« voneinander unterschied und so klare Orientierungspunkte in the middle of mania zu bieten schien. »Böse«: Das imperialistische Weltmachtbündnis, das mit skrupelloser Gewalt Jugoslawien zerstören will und sich dabei einer faschistoiden, kriminellen, großalbanischen Nationalisten-Clan-Bande, der UCK, bedient und diese politisch und militärisch aufbaut. Deutschland spielte dabei die Rolle des Vorreiters und Scharfmachers bis die USA sich an die Spitze setzte, um ihre dominierende Rolle abzusichern. »Gut«: Opfer der westlichen, insbesondere deutschen Großmachtgelüste ist Serbien/Jugoslawien, das sich dem Verwertungsregime des Weltmarktes entzieht und außerdem als Erbfeind und Prügelknabe Deutschlands fungiert. Um diese Analysefiguren herum gruppierten sich verschiedene sekundäre Argumentationslinien, historische Herleitungen bzw. Verfälschungen, Verschwörungsszenarien etc. Auf diese soll im folgenden eingegangen werden.

Zunächst jedoch eine Klarstellung: Einige zentrale »antinationale« bzw. »antideutsche« Kritikpunkte haben nicht nur ihre Berechtigung, sondern sind sogar von eminenter Bedeutung für eine linke Kritik am Krieg. Es ist eindeutig zu denunzieren, dass die Bundesregierung den »humanitär« begründeten Krieg nutzte, um Deutschlands Rolle als gleichberechtigte Großmacht zu unterstreichen. In Zukunft wird deutsche Außenpolitik (auch) wieder militärisch geführt werden – mit allen Konsequenzen der inneren und äußeren Mobilmachung. In diesem Zusammenhang waren die Legitimations-Anstrengungen von Fischer und Scharping, die Milosevic und die seinen auf eine Stufe mit Adolf Hitler, den Nazis und der Wehrmacht stellten, besonders perfide, wurden doch so zwei Fliegen mit einer Klappe erledigt: Einerseits die Notwendigkeit des Krieges nachdrücklich begründet, und andererseits wurde ganz im Sinne des rechtslastigen Geschichtsrevisionismus der Nationalsozialismus und die Shoa relativiert. Es ist ein Hohn, von einem Krieg in der Verantwortung des Holocaust zu sprechen und gleichzeitig ein Land zu bombardieren, das seine

Ursprünge im Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat: Etliche Opfer der Shoa und Verfolgte des Naziregimes haben in Jugoslawien eine Zuflucht gefunden.

Die Rot-Grünen haben Deutschland wieder gutgebombt. Auch auf diese Weise erweisen sich die Rot-Grünen als die effektiveren Modernisierer und Geschichtsrevisionisten. Eine derartige Argumentation hätte kein CDU-Politiker wagen können, ohne auf massive öffentliche Kritik zu stoßen (siehe dazu auch Artikel von *Wolfgang Wippermann* in dieser ARRANCA!).

Wenn wir im Folgenden von »Antideutschen« sprechen, ist vorher noch klar zu stellen, dass sich durchaus verschiedene sich widersprechende Positionen zum Balkan-Krieg herausgebildet haben. Exemplarisch dafür stehen Heiner Möller (BAHAMAS) und Markus Bickel (JUNGLE WORLD). Wir greifen einzelne antideutsche Denkfiguren heraus, die mit besonderem Nachdruck vertreten wurden und uns als besonders kritikwürdig erscheinen.

#### **Die »Deutschlandistamkrieg-schuldthese«**

»Die völkerrechtliche Anerkennung der Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien durch Deutschland 1991 hat den Krieg in Jugoslawien ausgelöst.« So oder ähnlich lautet die Standardfloskel, mit der viele entsprechende Analysen beginnen oder schließen. Die Behauptung dient in aller Regel explizit oder implizit dazu, darauf hinzuweisen, dass das vereinigte Deutschland im nationalistischen Taumel nach 1989 sofort nach hergebrachter imperialistischer Manier ans Werk ging, um seinen Einfluß nach Ost- und Südosteuropa auszudehnen. Dabei waren und sind ihm alle Mittel recht. Der Krieg in Jugoslawien erscheint so als ein Krieg der von Deutschland unterstützten Sezessionisten in Slowenien und Kroatien (und jetzt im Kosovo) gegen die vermeintlich immer noch tendenziell sozialistische »Vielvölkerrepublik« Jugoslawien.

Diese These ist zwar nicht ganz falsch, aber unvollständig. Und genau das macht sie gefährlich, weil sie – wenn in dieser Absolutheit vertreten – zu falschen Schlußfolgerungen führt. Zunächst der grundlegende Einwand: Die »Deutschlandistamkriegschuldthese« lenkt den Blick lediglich auf äußere Kriegs-Ursachen und negiert somit alle innerjugoslawischen Widersprüche. Wer es sich mit ihr bequem macht, entledigt sich

der unangenehmen Aufgabe, sich als Linker über die inneren Faktoren für das Scheitern des sozialistischen Versuchs in Jugoslawien Gedanken zu machen. Das macht sie erstaunlicherweise auch auf der ganz anderen Seite des linksradikalen Spektrums attraktiv, treffen sich doch hier die Antideutschen mit den Traditions-Antiimps und den sonst als »Nationalbolschewisten« bezeichneten Realsoz-Nostalgikern um die JUNGE WELT und ihren Vordenker Werner Pirker. Die Motive könnten dabei unterschiedlicher kaum sein: Der einen Denkschule geht es darum, keine Kritik am Realsozialismus formulieren zu müssen, die andere möchte das Augenmerk lieber auf Deutschlands Imperialismus gerichtet sehen, als auf komplexe Zusammenhänge wie das Scheitern des sozialistischen Versuchs, weil das ja nur von der vermuteten Verantwortung Großdeutschlands für alles Übel ablenken würde.

Dabei genügt ein Blick auf die Chronologie des Auseinanderbrechens Jugoslawiens um die These zu widerlegen. Die BRD hat Slowenien und Kroatien am 23. Dezember 1991 völkerrechtlich anerkannt, die anderen EG-Länder folgten am 15. Januar 1992 und die USA zog am 7. April 1992 nach. Deutschland nahm also tatsächlich eine Vorreiterrolle ein und setzte die Anerkennungspolitik gegen den Widerstand der anderen westlichen Staaten durch. Nur: Der Krieg war im Dezember 1991 bereits in vollem Gange. Schon im Juni 1991 hatte die jugoslawische Bundesarmee in Slowenien eingegriffen und im Herbst (September-November) hatten nationalistische Serben mit der Unterstützung der Bundesarmee die multi-ethnische Industriestadt Vukovar in Slawonien (heute Kroatien zugeschlagen) angegriffen und belagert. Zwei Monate vor der Anerkennung durch Deutschland fanden auf der Fläche etwa eines Drittels Kroatiens Kampfhandlungen statt.

Nun kann man einwenden, dass allein die Aussicht auf eine völkerrechtliche Anerkennung die Sezession Kroatiens und Sloweniens beschleunigt und so den Konflikt im Sommer 1991 erst provoziert habe. Doch dann sollte man lieber ganz von vorne beginnen. Wer die historische Entwicklung Jugoslawiens insgesamt in den Blick nimmt, wird schnell bemerken, dass die zentrifugal wirkenden Kräfte der verschiedenen Nationalismen bereits Anfang der 70er Jahre deutlich bemerkbar und spätestens seit Beginn der 80er Jahre immer stärker wurden. So erhoben zum Beispiel Massendemonstrationen im Kosovo schon 1981 die Forderung nach dem Republikstatus. Doch damals war Deutschland noch nicht wiedervereintigt, die internationalen Grenzen in Europa schienen noch unverrückbar und eine Anerkennung Kosovos, Kroatiens, Sloweniens, Mazedoniens oder gar Bosnien-Herzegovinas stand nicht im Geringsten in Aussicht. Man darf also eindeutig konstatieren: Für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens müssen auch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben, als nur die Anerkennungspolitik Deutschlands 1991. Es gibt also innere Krisenursachen.

Etwas vereinfachend lassen sich diese inneren Krisenursachen so zusammenfassen (an anderer Stelle in dieser ARRANCA! gehen wir ausführlich darauf ein): In den 70er Jahren trat das jugoslawische Sozialismusmodell in eine Modernisierungskrise ein, die nach Titos Tod zu Beginn der 80er Jahre in eine manifeste Wirtschafts- und Finanzkrise führte. Die Folgen waren soziale Unruhen, Demonstrationen und Streiks in allen Teilen Jugoslawiens. IWF und Weltbank gossen – wie in so vielen anderen Staaten – mit einem Strukturanpassungsprogramm Öl ins Feuer. Die regionalen Disparitäten in der sozioökonomischen Entwicklung der einzelnen Teile Jugoslawiens vertieften sich in der Folge enorm.

Um ihre politische Machtposition zu behalten, ideologisierten die regionalen Eliten des BUNDES DER KOMMUNISTEN JUGOSLAWIENS (BdKJ) die Wirtschaftskrise in einen Nationalitätenkonflikt um, der schließlich zum Krieg eskalierte.

Wie bereits gesagt: Nicht alles ist an der »Deutschlandistamkriegschuldthese« falsch. Richtig ist die Feststellung, dass die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens im Dezember 1991 den Konflikt in Jugoslawien weiter eskaliert hat. Noch richtiger wäre allerdings zu sagen: Das Eingreifen des Westens und damit auch Deutschlands in die Krise der 80er Jahre hat diese Wirtschaftskrise nicht überwinden helfen, sondern vertieft. Statt das Modell der integrierten wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten jugoslawischen Volkswirtschaft zu unterstützen, haben die Strukturanpassungsprogramme die zentrifugalen Kräfte verstärkt. Hier liegt eine ursächliche Verantwortung des Westens (und nicht nur Deutschlands) – und damit des Programms der kapitalistischen Restauration – für den Krieg.

#### **Der Feind meines Feindes ist mein Freund**

Ein politisch fatales Resultat der antideutschen Fehldiagnose vom Zerfall Jugoslawiens ist die Positionierung auf Seiten eines der kriegshetzenden Nationalismen, nämlich des serbischen. Ganz in der simplifizierenden Logik des »Der Feind meines Feindes ist mein Freund« fordert z. B. Jürgen Elsässer, sich die »Sichtweise der Opfer und Gegner des deutschen Nationalismus, nämlich der Jugoslawen und Serben, zu eigen zu machen« statt, vom »serbischen Faschismus« zu »schwafeln« (KONKRET 7/99, Seite 17). Da wie oben schon ausgeführt in der Argumentation der Antideutschen und Realsoz-Nostalgikern keine inneren Ursachen für den Zerfall Jugoslawiens existieren, befassen sie sich natürlich auch nicht mit der spezifischen Rolle des serbischen Nationalismus' in diesem Prozeß. »Die Serben« werden in genau der selben undifferenzierten und letztlich ethnisierenden Art und Weise zu einem Opferkollektiv des deutschen Imperialismus stilisiert, wie sie von Seiten der kriegführenden NATO-Propagandamaschine zu einem Verbrecherkollektiv erklärt werden. Dabei ist die Wirklichkeit natürlich komplexer als die billigen Gut-böse-Schemata.

Seitdem 1986 Slobodan Milosevic zum ersten Sekretär des Bundes der Kommunis-



ten in Serbien wurde, setzte er einen aggressiven Nationalismus und den serbisch-nationalen Gründungsmythos um die Schlacht im Amselfeld gezielt ein, um die serbische Gesellschaft zu homogenisieren und soziale wie politische Widersprüche nach außen abzulenken. Es macht natürlich keinen Sinn, den serbischen Nationalismus zu personalisieren, wie dies häufig geschieht. Neben der von Milosevic geführten Sozialistischen Partei Serbiens bedienen auch die meisten anderen politischen Kräfte, die nach dem Zerfall des BdKJ in den letzten Jahren entstanden, den aggressiven Nationalismus, nicht zuletzt die jetzt als »Oppositionelle« gefeierten Vuk Draskovic, Goran Djindjic und vor allem Vojislav Seselj mit ihren jeweiligen Parteien. Dennoch ist Milosevics Rolle zentral. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden: Auch alle anderen Nationalismen – vor allem der kroatische – haben maßgeblich zu den Kriegen beigetragen (siehe dazu andere Artikel in dieser ARRANCA!). Aber Tatsache bleibt: Der serbische Nationalismus stellt eine wichtige Triebkraft für den Zerfall Jugoslawiens dar, seine – wie auch immer geartete – Verteidigung oder Legitimierung verstärkt damit das Problem und kann nicht Teil einer emanzipatorischen Lösung sein.

Praktische Relevanz erlangte die Frage einer Stellungnahme zum serbischen Nationalismus im Zusammenhang mit den Antikriegsdemos. Oft angeführt wurden etwa die Geschehnisse bei einer solchen in Berlin am 23. April 1999, als serbische Milosevic- und Cetnicanhänger aufgefordert wurden, entsprechende Fahnen und Plakate nicht zu zeigen, woraufhin sich zwei Demonstrationzüge bildeten. Dies wäre eine legitime und absolut notwendige Abgrenzung, die nichts mit einer »Serben-Raus«-Forderung zu tun hatte, wie Wertmüller in Bahamas (29/1999) behauptet, sondern schlicht mit einer Distanzierung von einer kriegführenden Partei, und zwar im vollen Bewußtsein, dass nicht alle Serben den aggressiven Nationalismus der Kriegsherren teilen. Doch leider haben die OrganisatorInnen der Demonstration es schlichtweg verpasst, die inhaltliche Ausrichtung der Demonstration auf eben jene emanzipatorische Grundlage zu stellen.

Während sich die Antideutschen mit den Verantwortlichen für die Massaker in Bosnien-Herzegovina und im Kosovo solidarisieren, kann sich eine Antikriegs-Bewegung nur mit den Opfern dieser Politik und denjenigen Serben solidarisieren, die sich ihr



entgegenstellen, was Teile der antimilitaristischen Linken in der BRD auch gemacht haben, als sie ihr Augenmerk auf die Solidarität mit jugoslawischen Deserteuren legte. Gleichzeitig sind auch die Massenvertreibungen von serbischen ZivilistInnen aus der Krajina durch die kroatische Armee 1995 und die Hetzjagden auf serbische ZivilistInnen im Kosovo durch die UCK zu denunzieren.

#### **Bahamas und Cetnics – ein Prösterchen auf Nationalismus, Monarchismus und Nazi-Kollaborateure**

Zu welchen Spitzen proserbische Positionen führen können, zeigt der Bezug auf die Cetnics, eine ultranationalistische serbische Monarchistengruppe, die während der Okkupation Jugoslawiens durch die Deutsche Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs von Draza Mihailovic angeführt wurde. Die Bahamas veröffentlichte zum Beispiel ein Flugblatt mit der Parole »*Nasdravlje, Partizani i Cetnici!*« (»Prost, Partisanen und Cetnics!«). Mit wem die Bahamas-Redaktion da anstößt, ist wahrscheinlich den wenigsten klar, vielleicht noch nicht einmal ihnen selbst. Deshalb sei an dieser Stelle Tito zitiert: »*Wir erklären im Angesicht der ganzen*

*Welt – und dafür tragen wir die volle Verantwortung –, dass die Cetnics Draza Mihailovics seit November 1941 auf der Seite der Okkupatoren [Deutsche Wehrmacht] gegen unser Volksbefreiungsheer und die Partisaneneinheiten kämpften.*«

Der historische Hintergrund: Nach anfänglichem Widerstand gegen die Wehrmacht, stellten die Cetnics ihre Aktionen gegen die Deutschen Ende 1941 ein. Nur wenig später begannen sie, gegen kommunistische Partisanen vorzugehen. Ab Frühjahr 1943 kämpften die Cetnics dann offen im Bündnis mit der Deutschen Wehrmacht gegen die multinationalen Tito-PartisanInnen, um eine kommunistische Machtübernahme zu verhindern. Im weiteren Kriegsverlauf gelang es den Partisanen letztlich, sowohl der Deutsche Wehrmacht als auch deren Verbündeten, den Cetnics, entscheidende Niederlagen beizubringen. Die Ideologie der Cetnics war damals und ist noch heute, ein ethnisch homogenes, monarchistisches Großserbien herzustellen. Während der Okkupation durch die Nazis beteiligten sie sich aktiv am Holocaust an den serbischen Juden und waren maßgeblich für die Ermordung von 80.000-100.000 Muslimen verantwortlich.



Heute stellt sich der serbische Vizepremier Vojislav Seselj, Führer der Serbischen Radikalen Partei (SRP), propagandistisch in die Tradition der Cetnics. Während des Kosovo-Kriegs beteiligten sich seine Cetnic-Verbände federführend an der Vertreibungskampagne gegen die Kosovo-AlbanerInnen. Seselj und seine Partei stehen in engem Kontakt mit Neofaschisten in Ost- und Westeuropa. Seine Beziehungen zu Le Pen sind bekannt: Zuletzt schickte Le Pen im Oktober 1998 einen Abgesandten nach Belgrad, der Seselj öffentlich und offiziell Unterstützung anbot. Angesichts dieser Tatsache ist es der Gipfel des Zynismus, wenn Jürgen Elsässer auf einer Podiumsdiskussion am 3. Juli 1999 in Berlin die Cetnics, die selbst als Täter am Holocaust beteiligt waren, für eine kurze Phase anfänglichen Widerstands gegen die Wehrmacht lobt.

#### **Blockade für Antikriegsarbeit**

Die proserbische Position blockiert jede politische Arbeit, die sich prinzipiell gegen den Krieg wendet. Wenn das Milosevic/Seselj-Regime ausschließlich als Opfer eines großdeutschen Imperialismus' betrachtet wird, liegt es nahe, keine Kritik an ihnen zu üben, sondern sich bedingungslos zu solidarisie-

ren. Fatal ist dies nicht zuletzt deshalb, weil dadurch die antinationalistische Opposition in Serbien selbst als die 5. Kolonne des BRD-Imperialismus erscheinen muß. Eine Zusammenarbeit mit diesen Kräften kommt also quasi der Unterstützung für Deutschland gleich. Dabei sind es genau die marginalen Kräfte der serbischen antinationalistischen Opposition wie die »FRAUEN IN SCHWARZ«, mit denen eine Zusammenarbeit notwendig wäre, um eine Alternative zum nationalistischen Gemetzel zu bieten. Bezeichnenderweise waren es in Deutschland hauptsächlich eher antimilitaristische und kulturell orientierte Gruppen sowie vor allem Frauengruppen, die versucht haben, eine solche Zusammenarbeit herzustellen.

Da sich Teile der deutschen Linken weder mit den inneren Ursachen für den Zerfall Jugoslawiens, noch mit der Rolle des serbischen Nationalismus' auseinandersetzen wollen, sondern ihn als antiimperialistisch verteidigen und nur Deutschland für den Krieg verantwortlich machen, wundert es nicht weiter, dass die UCK zur Geheimdienstgeburt erklärt wird. Die Drahtzieher waren angeblich zunächst der BND, der dann von der CIA verdrängt worden sein soll, als der USA die Kontrolle verloren zu gehen drohte. Kein Wort darüber, dass eine Guerillatruppe wie die UCK natürlich auch über eine massive Unterstützung seitens eines erheblichen Bevölkerungsanteil im Kosovo verfügen muß, um in so kurzer Zeit von einer exmaoistischen Minitruppe zu einer in Tausenden zu zählenden Armee zu werden. Diese Verschwörungstheorie offenbart das komplette Unverständnis für die Entwicklung Jugoslawiens während der letzten Jahre. Es ist gut möglich und sogar wahrscheinlich, dass die UCK vom BND finanziell und logistisch unterstützt wurde. Auch für die These, dass die CIA irgendwann den BND bei der Aufrüstung der UCK verdrängt haben soll, gibt es viele plausible Indizien. Aber das alles heißt noch keineswegs, dass die UCK lediglich eine Marionette der westlichen Geheimdienst darstellt. Die entscheidende Ursache für ihr Auftauchen liegt vielmehr in der sozialen und politischen Entwicklung während der letzten Jahre im Kosovo. Dass die UCK mit ihrem großalbanisch-chauvinistischen Programm einen Massenanhang finden konnte, ist eine simple Folge davon, dass die Region extrem verarmte und gleichzeitig eine immer repressivere rassistische Politik gegen die kosovo-albanische Mehrheitsbe-

völkerung verfolgt wurde. Es soll in diesem Zusammenhang nicht geleugnet werden, dass die UCK und andere albanische Nationalisten den Konflikt bewußt zugespitzt haben, aber es muß betont werden, dass die UCK ein originäres Produkt der Verhältnisse im Kosovo darstellt. Das macht sie natürlich nicht besser. Aber eines ist auch klar: Wer die repressiven Verhältnisse im Kosovo leugnet, verbaut sich auch jede Möglichkeit mit kosovo-albanischen Gruppen und Einzelpersonen ins Gespräch zu kommen, die nicht-nationalistisch orientiert sind.

»Wozu sind Kriege da«, fragte einst Udo Lindenberg, dabei konnte er die Antwort schon damals bei Clausewitz nachlesen: »Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.« Beim Kosovo-Krieg handelte es sich in Wirklichkeit um drei Kriege: Um den Krieg serbischer Nationalisten gegen die UCK und die kosovo-albanische Mehrheitsbevölkerung sowie andererseits um den Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Der dritte Krieg bahnt sich gerade an: Der Kampf der UCK um ein von Serben und vor allem auch Roma gesäubertes Kosovo. Jede der Kriegsparteien wird von Motiven getrieben, die nichts mit Humanität zu tun haben. Milosevic und seine Clique wollen die Macht erhalten und bedienen einen großserbischen Chauvinismus. Die UCK-Kämpfer wollen an die Macht gelangen, wozu das Kosovo unabhängig werden muss. Deshalb haben sie geholfen, die NATO-Bombardements zu provozieren. Die Leiden der Zivilbevölkerung kalkulieren diese Nationalisten zynisch mit ein. Die NATO ihrerseits wollte zum 50. Geburtstag ihre unumschränkte Macht demonstrieren und ihre Kontrolle über Südosteuropa festigen, das eine wichtige geostrategische Rolle spielt. Der Schröder-Fischer-Clique kam der Krieg ebenfalls gerade recht, um Deutschlands neue souveräne selbstbewußte Rolle zu demonstrieren. Obwohl es angesichts so viel Schlechtigkeit leicht ist, sich eindeutig zu positionieren, tat sich die deutsche Linke äußerst schwer damit. Anstatt die Nationalismen aller Seiten anzugreifen, die Machtstrategien der kriegführenden Kräfte zu denunzieren und zu versuchen, mit antinationalistischen Gruppen sowohl in Serbien als auch im Kosovo in Kontakt zu treten, blieben die Proteste zahlenmäßig schwach und politisch unsicher.

ARRANCA!-REDAKTION

# **Im Westen nichts Neues**



**Zur Tauglichkeit des  
Imperialismus-Begriffes  
für die aktuelle Analyse**

Rund um den Krieg gegen Jugoslawien erlebte der bereits etwas angestaubte Begriff »Imperialismus« eine erneute Renaissance. Der NATO-Angriff wurde als »imperialistischer Eingriff« tituiert und ganz Hartgesottene hielten die Lektüre Lenins für unausweichlich, um den Werdegang der Welt zu verstehen. Wir gehen allerdings davon aus, dass der Begriff »Imperialismus«, die Realität nicht mehr zu erfassen vermag und folglich auch kein Analyseinstrument mehr darstellt, das Handlungsoptionen aufzeigen kann.

Angesichts der weitreichenden Veränderungen der Produktionsformen und politisch-ökonomischen Regulationsmechanismen im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte haben sich die militärischen Interventionen in ihrer Qualität grundlegend verändert. Dies macht sie weder besser noch schlechter als den altbekannten Imperialismus, doch ihre Andersartigkeit verlangt zur Kenntnis genommen zu werden, da es sonst schwer fällt politische Gegenstrategien zu entwickeln. Es sei ebenfalls vorausgeschickt, dass wir keineswegs den gesamten Krieg ökonomisch ableiten wollen, es geht hier lediglich um eine Auseinandersetzung mit dem Imperialismusbegriff. Ob nach dieser Klärung in Debatten weiterhin »Imperialismus« – bei Bewußtsein über die Unterschiede zur leninischen Definition – benutzt werden wird, oder es besser ist, die Veränderungen auch durch eine andere Wortwahl deutlich zu machen, sei dahingestellt.

Die analytische Schärfe des Begriffs »Imperialismus« ließ in der BRD-Linken bereits während der letzten 20 Jahre zu wünschen übrig. Nie theoretisch präzise definiert, stand Imperialismus mehr oder weniger für »alles Böse«, das sich westliche Industrieländer in »3.-Welt-Staaten« zu Schulden kommen ließen. Der Imperialismus wurde in den meisten Analysen eher als subjektiviertes Macht- und Ausbeutungsverhältnis gesehen.

Während sich die Personifizierung des Bösen im Einzelnen (dem Unternehmer, dem ideellen Gesamtkapitalisten) in der Analyse des Kapitalismus kaum zu halten vermochte, da das Kapital durch die Form der Aktiengesellschaften, Fonds, GmbHs usw. immer eindeutiger die Herrschaft versachlichter Verhältnisse über die Individuen darstellt, hat im Bereich des Antiimperialismus die personifizierende und moralisierende Kritik überlebt. Daraus folgt auch das verkürzte Verständnis, das in jeder »Befreiung vom Imperialismus«, also in jeder antiimperialistischen Bewegung, einen zu unterstützenden »Partner« findet. Rückt die Bedeutung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Hintergrund, fällt die Prozeßhaftigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen unter den Tisch und tritt die bloße Unterscheidung in gut und böse an ihre Stelle, so gleicht jede Kritik an den vom Imperialismus Betroffenen automatisch als Verrat.

Mit dem moralisch aufgeladenen Imperialismusbegriff verschwinden auch die Klas-

sensranken innerhalb der vom Imperialismus betroffenen Staaten. Damit kehren heute viele sich als kritisch präsentierende Strömungen der radikalen Linken wieder zu der klassischen parteikommunistischen Sichtweise zurück, die bis in die 80er Jahre hinein dominierte: Emanzipation verläuft im nationalstaatlichen Rahmen, wofür es der nationalen Souveränität bedarf, die dem Imperialismus nur mit einer »Volksfront« abgerungen werden kann (Klassenwidersprüche verschwinden, Geschlechter- und Rassenkonstruktionen bleiben unhinterfragt). Dass dies kaum zu einer grundlegenden Umwälzung der bestehenden Verhältnisse führt, haben während der letzten Jahrzehnte ausreichend Beispiele deutlich gemacht. Das soll nicht heißen, dass eine sozialistische Revolution grundsätzlich die einzig unterstützenswerte Bewegung darstellt, sondern dass bei der Ausrichtung der Solidarität nicht alle linken Parameter über Bord geworfen werden dürfen. So war und ist der antikoloniale Kampf natürlich legitim, doch ist er mehr ein Kampf um das Recht auf Teilhabe am bürgerlich-kapitalistischen System (ein relativer Fortschritt im Vergleich zur vorhergehenden Unterwerfung und Ausplünderung), als ein (revolutionärer) Kampf dagegen.

Die tatsächliche Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung in einigen Fällen (wie z. B. in Kuba), und das wird spätestens heute deutlich, war eine Nische, die die Blockkonfrontation eröffnet hat. Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung und der Globalisierung der Ökonomie ist diese Möglichkeit allerdings verschwunden.

Spätestens jetzt ist es also geboten, die Lage neu zu analysieren und die heutige Realität mit den Analysen Lenins und Luxemburgs abzugleichen, die (bewußt oder unbewußt) nach wie vor die markantesten Bezugspunkte linker Imperialismusdefinitionen darstellen.

### **Lenins Imperialismustheorie**

Mit der Imperialismustheorie<sup>1</sup> wollte Lenin den damaligen (1916) Zustand des Kapitalismus darstellen. Mit seiner Kurzdefinition – »dass der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist« – verband sich seine Hauptthese: Da das ökonomische Wesen des Imperialismus, der Monopolkapitalismus, das Monopol wiederum auf dem »Boden der freien Konkurrenz und eben aus der freien Konkurrenz« erwachsen ist, bedeutete es »den Übergang von der kapitalistischen

zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation«. Der Imperialismus ist kapitalistisch, steht aber im unauflösbaren Widerspruch zum Kapitalismus, da Monopole die Tendenz zur »Fäulnis« und Stagnation bedeuten. Ergo: Im Imperialismus frißt sich der Kapitalismus selbst auf; er ist ein »Übergangskapitalismus oder, richtiger, (...) sterbender Kapitalismus«.

Mit seiner Imperialismustheorie verknüpft Lenin auch eine gehörige Portion Geschichtsoptimismus. Denn dieser Übergang könne nun revolutionär abgeschlossen werden.

Lenin betrachtete die Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte als abgeschlossen. Demzufolge zielen imperialistische Kriege nicht mehr auf Eroberung, sondern auf Neuverteilung bereits erobert Gebiete, sind also im wesentlichen ein »Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie«. Es sind Großmächte, die gegeneinander Krieg führen, um ihren nationalstaatlichen Führungsanspruch durchzusetzen, wie es im Ersten Weltkrieg geschehen ist.

### Politische Folgerungen Lenins

Aus seiner Analyse hat Lenin mehrere politische Folgerungen gezogen. Erstens: »Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten«, was durch die Monopolprofite ermöglicht wird und zu opportunistischem und nationalchauvinistischem Denken in der Arbeiterklasse führt.

Es gehe aber vielmehr darum – zweitens – den Monopokapitalismus als notwendiges Stadium des Kapitalismus zu begreifen und nicht durch Reformen die Fäulnis des Kapitalismus zu verhindern. Im Ersten Weltkrieg sieht er eine Zuspitzung des Imperialismus, in der der monopolistische Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus<sup>2</sup> wird. Das bedeutet aber auch eine bereits vorangeschrittene Vergesellschaftung der Ökonomie aufgrund der engen Verflechtung von Staat und Kapital. Ergo: die Voraussetzung für die proletarische Revolution ist so gut wie nie.

Drittens: Aus der Bestechung der Arbeiterklasse folgerte Lenin, dass sich der Klassenkampf von der nationalen auf die internationale Ebene verschiebe und verschieben müsse. Eine Voraussetzung hierfür sei die Aufteilung der Welt in ein »Häuflein Wucherstaaten und eine ungeheure Mehrheit von

Schuldnerstaaten«. Genau mit den Mehrheiten der Bevölkerung dieser ausgebeuteten Kolonien und Halbkolonien<sup>3</sup> müsse der internationale Klassenkampf geführt werden. Denn der Kapitalismus könne auch an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems aufbrechen.

### Rosa Luxemburg

Im Gegensatz zu Lenin betonte Rosa Luxemburg die kapitalismusimmanente Notwendigkeit der Ausbeutung nichtkapitalistischer Produktion, Gebiete und Bevölkerungsgruppen. Sie wendet sich damit gegen die bei Marx und auch bei Lenin vorherrschende Verengung der Analyse auf das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit bzw. Kapitalisten und Lohnarbeiter und erweitert sie um zwei weitere Produktionsverhältnisse, die eben nicht auf Lohnarbeit basieren: Hausarbeit und Subsistenzarbeit. Denn diese nichtkapitalistischen Milieus benötige der Kapitalismus, um Arbeitskräfte, Rohstoffquellen und vor allem Absatzmärkte erschließen zu können. Ohne diese Möglichkeit sei keine Akkumulation machbar. Während für Marx die Kolonialisierung für die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation« notwendig war, stellt Luxemburg heraus, dass eine mit Gewalt und Unterdrückung einhergehende »ursprüngliche Akkumulation« ständig für die Reproduktion des Kapitalismus notwendig sei. Diese werde im wesentlichen durch nationalstaatlich-militärische Mittel durchgesetzt.<sup>4</sup> Wie Lenin sieht Luxemburg eine Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung in Richtung Sozialismus, der aber erst dann eintreten können, wenn alle nichtkapitalistischen Milieus erschlossen seien, so dass der Kapitalismus nicht weiter expandieren könne. Aus dieser Logik mußte sie es begrüßen, dass weitere Gebiete kapitalistisch inwertgesetzt wurden.

### Kapitalismus ist Kapitalismus – basta?

Kapitalismus bleibt Kapitalismus – das ist wohl richtig, wenn von einigen grundlegenden Merkmalen ausgegangen wird. Marx, Lenin und Luxemburg taten dies, waren aber dennoch bemüht um eine Analyse des historisch-konkreten Kapitalismus. Sie machten aber allesamt den Fehler, aus den Grundgesetzmäßigkeiten des Kapitalismus geschichtsdestimistisch auf bestimmte Phasen hinzuweisen, die von Gesellschaften durchlaufen werden, zum Sozialismus führen und letztendlich im Kommunismus münden.

Von diesem Denken geleitet wurden immer wieder neue letzte Phasen entdeckt und benannt, die den Vorabend der sozialistischen Revolution hätten bilden sollen. Bei Lenin und Luxemburg war es der Imperialismus – hat leider nicht geklappt. Später dann bei den Marxisten im Osten wie im Westen der Spätkapitalismus oder im direkten Anschluß an Lenin der staatsmonopolistische Kapitalismus (Stamokap) – auch eine Hoffnung, die sich nicht erfüllte.

Doch jenseits aller Namensfindungen und damit verbundenen politischen Strategien scheint eines geblieben zu sein: der Imperialismus. Hat sich also doch nichts geändert?

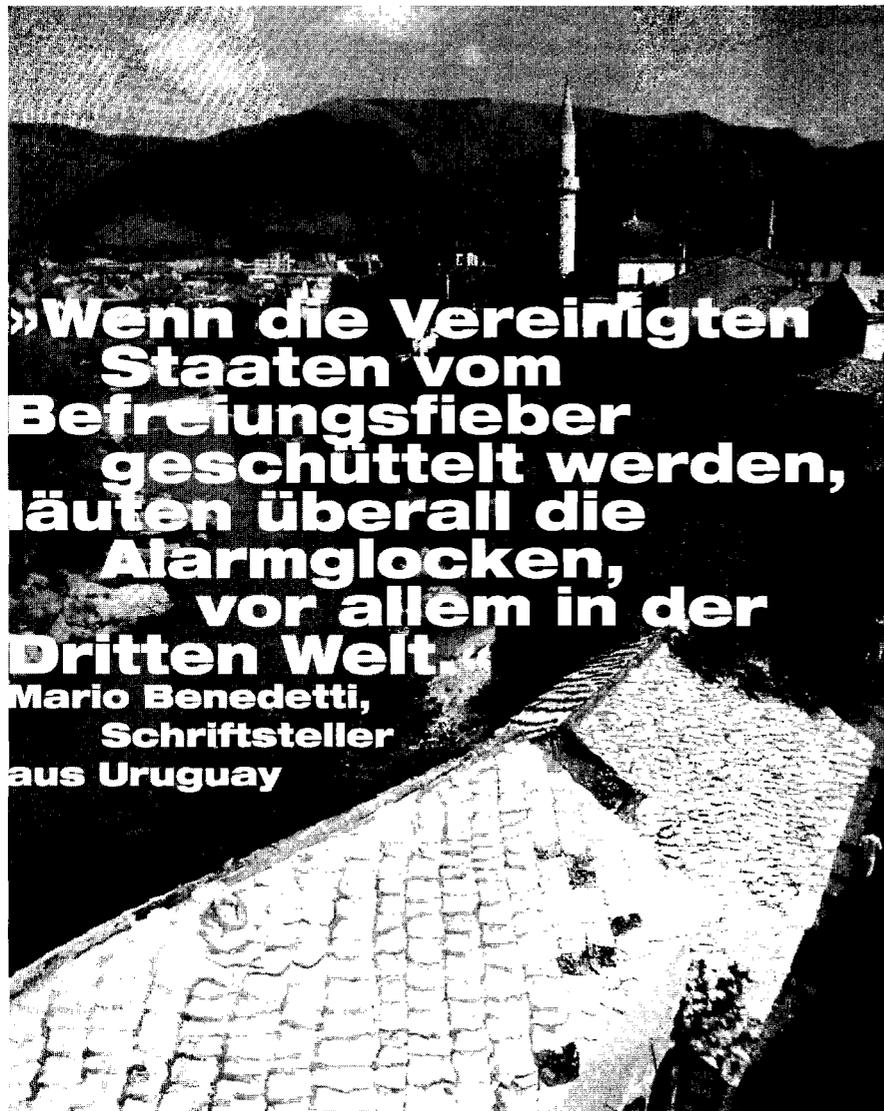
### Unterschiede

Im Wesentlichen zielt unsere Kritik am moralisierenden Gebrauch des Imperialismusbegriffs auf den Zusammenhang von der Analyse des kapitalistischen Weltsystems und der aus ihr abgeleiteten politischen Strategie. Für Lenin war klar, dass nationalstaatliche Imperialismen zum Krieg führen, dass Reformen nationalchauvinistisch sind und dass das kapitalistische Weltsystem auch von der Peripherie her aufgerollt bzw. revolutioniert werden kann. Es sollte eine Revolution ausgehend von einem Nationalstaat sein, die auf das gesamte Weltsystem ausstrahlt.

Fortgesetzt wurden die Annahme in der Dependenz-Theorie, die es ebenfalls für möglich hielt, einen nationalstaatlichen Alleingang der Abkopplung vom Weltmarkt und der »self-reliance« (Selbstgenügsamkeit) durchzuführen. Auf Nationalstaaten zentriert war auch die Annahme, dass die Befreiungsbewegungen bzw. die »Völker« der Trikontstaaten sich außerhalb des kapitalistischen Weltsystems stellen und auf wundersame Weise die Zentren einkreisen könnten – wenn sie denn nur ausreichend unterstützt würden.

Mit der Veränderung der politischen Ökonomie des kapitalistischen Weltsystems müssen sich auch die politischen Strategien ändern, wenn sie nicht hoffnungslos daneben liegen wollen. Es reicht eben nicht, den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien als imperialistischen Krieg zu bezeichnen, um dann reflexhaft dem bedrohten »Volk« zur Hilfe zu eilen.

Zum einen war dieser kein imperialistischer Krieg im Sinne Lenins. Es waren keine imperialistischen Mächte, die wie im ersten Weltkrieg gegeneinander Krieg führten. Die-



»Wenn die Vereinigten Staaten vom Befreiungsfieber geschüttelt werden, läuten überall die Alarmglocken, vor allem in der Dritten Welt.«

Mario Benedetti,  
Schriftsteller  
aus Uruguay

ses imperialistische Gegeneinander war bereits in Zeiten des »Kalten Krieges« bzw. der »Blockkonfrontation« samt deren Stellvertreterkriegen nicht mehr aktuell und ist es nach dem Zusammenbruch der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) nie wieder geworden. Vielmehr war es ein *imperial*er Krieg um Hegemonie ohne direkte Zuspitzung, der zwar einige Elemente imperialistischer Kriege beinhaltete, aber vor einem anderen weltökonomischen Hintergrund ablief. Genau auf diese Unterschiede kommt es uns an.

#### Nationalstaaten und Weltökonomie

Die internationale Regulation erfolgt nicht mehr im Sinnbild von geschlossenen Billardkugeln, die mit ihren jeweiligen Interessen aufeinanderstoßen und ihre Hegemoniekämpfe notfalls mittels Krieg austragen. D.h. zwar nicht, dass es sich nicht mehr um Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung

handelt, sondern vielmehr dass sie anders vonstatten gehen.

In diesem Sinne stellte der NATO-Angriffskrieg zwar einen Kampf imperialer Mächte um Hegemonie dar, der auf dem Rücken Jugoslawiens ausgetragen wurde. Allerdings stand dabei nicht so sehr die Unterwerfung Serbiens im Vordergrund als vielmehr erstens das Umgehen bzw. faktische Ausschalten der UNO zwecks Machterweiterung der NATO innerhalb der globalen Regulation (endgültige »Selbstlegitimierung« von Out-of-Area-Einsätzen) und zweitens das militärische Aufrüsten der EU, also Integration der EU qua militärischer Macht als Ergänzung zur Integration qua ökonomischer Macht.

Auch ein weiterer wichtiger Aspekt, den sowohl Lenin als auch Luxemburg nennen und der vor allem in der Wehler'schen Theorie des »Sozialimperialismus« stark hervorge-

hoben wurde, hat sich geändert: die Verteilung der Ausbeutungsergebnisse an eine »Arbeiteraristokratie« in den imperialistischen Ländern. Erstens ist die Einbindung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staat spätestens seit der Anerkennung von Gewerkschaften als »Sozialpartner« abgeschlossen, und insofern ist der »Klassenkompromiß« zwischen nationaler Bourgeoisie und industriellem Proletariat am Ende. Zweitens kann heute – nach dem Fordismus – kaum noch von einer materiellen Bestechung über Löhne bzw. soziale Sicherung die Rede sein. Kooptiert und bestochen werden jetzt die Akteure der »Neuen Sozialen Bewegungen« und der NGOs, die inzwischen feste Bestandteile einer Global Governance geworden sind.

Zudem bildet sich über die Wettbewerbs- und Standort-Rhetorik eine modernisierte Form von nationalistischer Identitätspolitik heraus, die in Deutschland Elemente der Volksgemeinschaftsideologie enthält. Allerdings spielt sich dies auch in Deutschland zunehmend in einem regionalistischen Rahmen ab und entspricht zunehmend einer »arbeitsamen Produzentengemeinschaft« – der ideologische Spiegel postfordistischer Produktion (nicht mehr zentralisiert, sondern verteilt auf das Territorium; Auslagerung in kleine und mittlere Unternehmen; Produktion unter starker Einbeziehung der Sozialstrukturen und lokaler/regionaler Netze usw.). Diese chauvinistische Gemeinschaft entsteht, weil sich die neuen »Produzenten«, die die traditionelle Figur des Arbeiters zunehmend ablösen, in ihrer Zersplitterung bisher nicht als »Klasse an sich« konstituiert haben.<sup>5</sup>

Die Nationalstaaten richten sich strukturell und strategisch neu aus: Strukturell durch die Dezentralisierung der Staatlichkeit und die Entstaatlichung der Regulation. D.h. das sowohl die supranationale (z.B. die EU) als auch die trans- und subnationalen (lokale Staaten, Wettbewerb der Regionen und Metropolen) Ebenen an Bedeutung gewinnen, was durch neuere Governance-Strukturen unterstrichen wird; strategisch durch eine stärkere Orientierung auf den Weltmarkt statt auf den Binnenmarkt. Von »schwachen Staaten« zu reden, weil sich die klassischen »Sozialstaaten« von ihren »sozialen« Anteilen verabschieden, ist aber mehr als unzutreffend. Die Deregulierung und Privatisierung des Sozialen geht einher mit einer Regulation im Sinne einer systemischen Wettbewerbsfähigkeit.

Während die »Wettbewerbsstaatlichkeit« den Hegemoniekampf der Nationalstaaten untereinander also die eine Seite der »Neuen Weltordnung« beschreibt, stellt die »Blockbildung« die andere Seite dar.

### Globalisierung des Militärs – die »Weiße Rasse« unter Waffen

Mit dem Ende des »Ostblocks« und somit der Warschauer Vertragsorganisation (WVO – bekannter unter dem Namen »Warschauer Pakt«) wäre eigentlich die NATO überflüssig geworden, da ihr der direkte, potentielle Aggressor abhanden gekommen war. Bereits auf dem NATO-Gipfeltreffen im November 1991 wurde deutlich, dass die Aufgaben im Sinne eines »erweiterten Sicherheitskonzeptes« reformuliert werden sollen.<sup>7</sup>

Im Grunde genommen bestand die Reformulierung in einer zweifachen geographischen Ausdehnung bzw. Entgrenzung der NATO-Operationen: Zum einen basieren die Einsatzszenarien vor allem auf der Annahme von militärischen Operationen ausserhalb des Bündnisgebietes: out of area – von der Ausnahme zum Regelfall. Nach Scharping habe die neue Doktrin jedoch nichts mit einer »globalen« NATO zu tun. Schließlich geht es um die Interessen der USA und der EU. Die Schlußfolgerung ist deutlich: »Entweder wir treten krisenhaften Entwicklungen dort entgegen, wo sie entstehen. Oder wir müssen deren Folgen in Kauf nehmen, mit dem Risiko eines Übergreifens auf das Bündnisgebiet.«<sup>8</sup> Die Interessen der EU und der USA eröffnen weitreichende Tätigkeitsfelder.<sup>9</sup> Zum anderen werden neue Mitglieder aufgenommen wie zuletzt Polen, Ungarn und die Tschechische Republik am 12. März 1999. Damit wurde vor allem der GUS deutlich gemacht, dass sie immer weniger zu melden hat. Zudem wird militärisch vollzogen, was das ökonomische Hauptziel ist: eine möglichst große, stabile Freihandelszone Europa.

Die NATO setzt »die Weiße Rasse« unter Waffen, mandatiert sich selbst für die Durchsetzung der »Neuen Weltordnung«, die inhaltlich vor allem von den USA und Westeuropa diktiert wird. Aus dieser »Neuen Weltordnung« soll niemand ausbrechen oder sie in Frage stellen können. Für Europa soll im Zuge dieser Tendenz eine eigene »Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität« (ESVI) über eine Stärkung der »Westeuropäischen Union« (WEU)<sup>10</sup> ausgebildet werden, deren Konkretisierung im Laufe des



Angriffskrieges erneut auf die Agenda gesetzt wurde. Das globalisierte Militär der NATO mutiert zum Leviathan der Weltinnenpolitik, indem sie mit der »Lizenz zum Töten« ein klassisches Souveränitätsrecht von Staaten wahrnimmt.<sup>11</sup>

### Die Ökonomie des Krieges – Rambouillet und M.A.I.

Jedes zu Schrott gefahrene Auto, jede am 1. Mai zerborstene Schaufensterscheibe, alles, was Neuanschaffungen notwendig macht, wirkt positiv auf das Bruttosozialprodukt, ist also gut für die Wirtschaft. Kriege gleichen demnach kleinen Wirtschaftswundern – vor allem für diejenigen, die sie gewonnen haben. Sie beglücken eben nicht alle gleich-

mäßig. Was aber sagen Zahlen aus, die auf einen steigenden Dow-Jones-Index nach Kriegsbeginn, auf zu erwartende enorme Gewinnspannen des militärisch-industriellen Komplexes, auf fette Aufträge für die Firmen der siegreichen Staaten hinweisen? Im Grunde genommen nur eine Banalität: Krieg ist gut für die Wirtschaft. Damit ist noch gar nichts erklärt, noch keine Ursache für den Krieg gegen Jugoslawien benannt.

Im Gegensatz zum »klassischen« Imperialismus geht es nicht nur um eine bloße Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte oder des Absatzmarktes des angegriffenen Landes. Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien erscheint in einem anderen Licht, wenn er zu anderen Prozessen der neuen »Weltordnungspolitik« in bezug gesetzt wird. Hier ist vor allem das Multilaterale Investitionsabkommen (M.A.I.) zu nennen. Es verdeutlicht die neuen Methoden des Kapitalismus: Es geht um die Durchsetzung einer einzigen möglichen Wirtschaftsform, einen Absolutismus des Investitionsschutzes. Einfache Ausbeutung wird erweitert um die Doktrin des globalen Eigentumsschutzes für transnationale Konzerne. Was haben die Klauseln des M.A.I.<sup>12</sup> – wie Investitionsschutz, Schutz vor direkter und indirekter Enteignung – im »Friedensvertrag« von Rambouillet zu suchen? Bundeskanzler Schröder gibt eindeutige Antworten: »Die Wahrung der Menschenrechte [...] sind auch für die Wirtschaft ein bedeutsames Prinzip: Ohne umfassende Freiheiten gibt es keine wirklich freien Märkte.« Und weiter: »Ohne ökologische Nachhaltigkeit und ohne freie Entfaltung der Individuen gibt es keine Investitionssicherheit.«<sup>13</sup> Auch für den Bundesverteidigungsminister Scharping gehört die Durchsetzung der Marktwirtschaft und die »nachhaltig(e) Verankerung der südosteuropäischen Staaten in die euroatlantischen Strukturen« zu den drei Hauptzielen der NATO-Politik.<sup>14</sup>

Im kapitalistischen Weltsystem stehen sich militärisch nicht mehr einzelne Nationalstaaten gegenüber, sondern mächtige Blöcke unter der Hegemonie jeweils eines Staates, die in »Sicherheits« – bzw. militärischen Fragen kooperieren. Was die USA für die NAFTA, Japan für ASEAN/AFTA ist Deutschland für die EU. Innerhalb der NATO haben die USA die eindeutige Hegemonialstellung, die auch durch den Ausbau der WEU samt GASP nicht wesentlich in Frage gestellt wird.

### Was tun?

Nun wäre es an der Reihe, aus der Analyse Schlußfolgerungen für Strategien politischen Handelns zu ziehen. Dabei fällt es schwer Punkte zu benennen, die nicht schon während der vergangenen Jahre zu den vermeintlichen Essentials linker, antagonistischer Politik gehörten. Doch da gerade rund um den Kosovokrieg einige dieser Prämissen wieder vergessen wurden, sei hier noch einmal darauf hingewiesen.

Augenscheinlich ist, dass eine Parteinahme entlang nationalstaatlicher Grenzen keinen Sinn mehr macht. Es müssen viel mehr jene unterstützt werden, die aus dem Krieg desertieren, aus der herrschenden Logik ausbrechen, sich verweigern und gleichzeitig etwas Neues aufbauen. Eine Solidarisierung muß an der Basis verlaufen, und zwar mit jenen Kräfte, die die Reproduktion von Macht- und Herrschaftsmechanismen nicht mitmachen: also keinen Schwerpunkt auf die Teilnahme an den bestehenden Verwaltungsstrukturen setzen; ihre Entscheidungen und Ein- sowie Ausschlußmechanismen, nicht gemäß »nationaler« Kriterien bestimmen und nicht auf rein durch »Volkszugehörigkeit« bestimmte Kollektive setzen, ihr Handeln nicht gemäß den Regeln der kapitalistischen Verwertung bestimmen und es auch nicht – wie viele NGOs – unterbezahlte Elendsverwaltung in den Dienst der Herrschenden stellen usw. Dabei gilt es, sich davon zu verabschieden auf die ehemaligen Transmissionsriemen des Willens der »Arbeiterklasse« (Parteien und Gewerkschaften) zu schielen und von ihnen (klammheimlich) Reformen zu erhoffen; dem Diskurs der vermeintlichen Universalisierung der Menschenrechte und der »Welt ohne Grenzen« (für Kapital und Waren) muß die Universalisierung und damit Verallgemeinerung individueller Rechte sowie die grenzenlose Welt für Menschen gefordert werden. D.h. zum Beispiel das Recht auf eine menschenwürdige Existenz für alle Menschen (1.500,- DM + Miete) und offene Grenzen ... einige der genannten Punkte werden in diesem Heft angeschnitten, andere werden sicher folgen. Dies ist weder der Anfang noch das Ende der Debatte. Der Weg entsteht beim Laufen

CHRISTIAN BRÜTT & DARIO AZZELLINI

### Anmerkungen

- 1 WLADIMIR ILJITSCH LENIN: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Gemeinverständlicher Abriss, Lenin Werke, Band 22, 189-309
- 2 WLADIMIR ILJITSCH LENIN: *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, Lenin Werke, Bd. 25, 393-507
- 3 Lenin hatte als »Halbkolonie« vor allem Rußland im Auge.
- 4 Hierin liegt ein Ansatz, um die Verknüpfung von patriarchalen und kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen zu ergründen und um das bis heute fortbestehenden Starren auf die »Lohnarbeit« zu kritisieren. Hierauf verweisen auch feministische Theorien wie die von CLAUDIA VON WERLHOF, MARIA MIES und VERONICA BENNHOLDT-THOMSEN: *Frauen, die letzte Kolonie*, Reinbek 1983 oder MARIA MIES: *Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*, Zürich 1996.
- 5 Wobei wir durchaus wissen, dass »Klassenbildung« nicht gegen Volksgemeinschaftsideologeme oder Rassismus immun macht.
- 6 Im linken Volksmund auch »Triadisierung« genannt.
- 7 Vgl. PAUL-MARIE DE LA GORCE, *Wie die NATO den Kalten Krieg überleben konnte*, in: LE MONDE DIPLOMATIQUE Nr. 5812 vom 16.04.1999
- 8 RUDOLF SCHARPING: Das transatlantische Bündnis auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Rede des Bundesministers der Verteidigung bei der »Deutschen Atlantischen Gesellschaft« am 18.04.1999, [www.bundeswehr.de/presse/news/1999/rede\\_99\\_54.htm](http://www.bundeswehr.de/presse/news/1999/rede_99_54.htm)
- 9 Sehr gut nachvollziehbar im Presse-Kommuniqué der NATO: »Das Strategische Konzept des Bündnisses vom 24. April 1999«, [www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm](http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm). Oder bei Javier Solana, Ex-Generalsekretär der NATO, der eine Schwerpunktverlagerung »von der Abwehr einer massiven Bedrohung zur Verhinderung und Eindämmung von regionalen Konflikten«, so dass die NATO von »einem Instrument der Friedenserhaltung zu einem Instrument der Friedensgestaltung geworden« sei (SOLANA: »Instrument des Frieden«, in: IFDT 3/99).
- 10 Die WEU wurde 1948 als Bündnis gegen die Wiederaufnahme deutscher Angriffspolitik gegründet, hat nach Aufnahme von Deutschland und Italien 1954 seine Ziele geändert und soll nun zum europäischen Arm der NATO ausgebaut werden. Wenn es nach Bundeskanzler Schröder geht, dann soll der künftige Hohe Vertreter der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) der EU in Personalunion mit dem Generalsekretär der WEU eingesetzt werden.
- 11 Vgl. ALEX DEMIROVIC: *Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance*, in: PROKLA 115, 29. Jahrgang (1999), 193-202, S. 197
- 12 Zum MAI siehe MARIA MIES/CLAUDIA V. WERLHOF (Hg.): *Lizenz zum Plündern*, Hamburg 1998
- 13 GERHARD SCHRÖDER: Deutsche Sicherheitspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Rede anlässlich der »Münchener Tagung für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999«, <http://bundeskanzler.de/01/0101/12/>
- 14 Vgl. SCHARPING, a.a.O. 1999